

22. Sitzung vom 17. Juni 2024

rsa

Seite 402

---

<b>Behörde</b>	Gemeinderat
<b>Traktanden</b>	Siehe unten
<b>Sitzungsdatum/Zeit</b>	Montag, 17. Juni 2024, 19:00 – 20:30 Uhr
<b>Sitzungsort</b>	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
<b>Teilnehmende</b>	32 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, die Ratssekretär-Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
<b>Entschuldigte</b>	Monika Tanner Imfeld Samuel Wehrli Daniel Willi

---

## Traktanden

1. Mitteilungen
  2. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde für das Jahr 2023
  3. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2023
  4. Dringliche Interpellation von Christoph Mahler, EVP, Urs Hauser, EVP, Daniel Willi, SP und Karin Signer, SP, vom 14. April 2024, überwiesen am 27. Mai 2024, betreffend «Medienmitteilung des Kantons Zürich zur Gesamtschau Deponien vom 5. April 2024»; mündliche Beantwortung
  5. Interpellation der Fraktion Die Mitte, vom 29. April 2024, betreffend Vergabe des saisonalen Gastwirtschaftsbetriebs auf dem Wädenswiler Seeplatz; Begründung
  6. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 30. Mai 2024, betreffend Menstruationsartikel auf gemeindeeigenen Toiletten; Begründung
- 

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 7. Juni 2024 im Digitalen Amtsblatt Schweiz amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

---

## 1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

### 1.1 Überweisungen

Keine.

### 1.2 Eingänge

- Bericht und Antrag zur Rechnung 2023 und zum Geschäftsbericht 2023
- Postulat der Fraktion der Grünen, vom 30. Mai 2024, betreffend Menstruationsartikel auf gemeindeeigenen Toiletten
- Interpellation der Fraktion Die Mitte, vom 29. April 2024, betreffend Vergabe des saisonalen Gastwirtschaftsbetriebs auf dem Wädenswiler Seeplatz

---

0.10.5

## 2. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde für das Jahr 2023

**Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper:** Da wir auf das Geschäft «Rechnung 2023» eintreten müssen, entfällt die Eintrittsdebatte und wir kommen somit direkt zur Detailberatung.

### Detailberatung:

**Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne:** Heute steht die Rechnung 2023 der Stadt Wädenswil wieder im Fokus. Für Details verweise ich vorab schon auf den Bericht und Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

Wie schon im letzten Jahr schliesst die Rechnung aufgrund von Sondereinflüssen ausgesprochen positiv ab, um genau zu sein, stellt sich ein Ertragsüberschuss von rund 18 Mio. CHF ein. Zu diesem positiven Ergebnis tragen wiederum die leicht gestiegene Ertragskraft der natürlichen Personen bei sowie die wiederum weit über Budget liegenden Grundsteuergewinnsteuern, welche fast 14 Mio. CHF über Budget liegen. Bei diesen Erträgen konnte ein Selbstfinanzierungsgrad von insgesamt 147 % erreicht werden.

Diesen hohen zusätzlichen Erträgen stehen aber wiederum steigende Ausgaben gegenüber. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2022 nahm der Aufwand um weitere rund 10 Mio. CHF zu, trotz gesunkener Energiepreise. Neben gesteigerten Aufwendungen in den Bereichen der Krankenpflege und der Primarschule tragen auch tiefer als budgetierte Einnahmen in den Bereichen Stadtpolizei und Bäder zu diesem Ergebnis bei. Damit wird ersichtlich, dass das strukturelle Defizit weiterhin besteht und das Aufwands- und Ertragsverhältnis noch nicht im Einklang ist.

Wie auch schon im vergangenen Jahr angemerkt, fehlt der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission weiterhin eine klar strukturierte Übersicht zum Stellenetat im Abgleich zwischen Soll- und Ist-Stellenplan. Darüber hinaus ist der Stadtrat gut beraten, wenn er ein besseres Augenmerk auf die Entwicklung der Personalfuktuation und den Einsatz von Springern legt. Die im Bericht und Antrag ausgewiesene Fluktuation kann im Einzelfall in der Diskussion nachvollzogen werden, in der Summe über mehrere Abteilungen ist dies aber nicht ohne weiteres nachvollziehbar und die Erklärungen bleiben teilweise vage. Die Empfehlungen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, hier die Datengrundlagen zu verbessern, um entsprechende Massnahmen evaluieren zu können, sind klar.

Einen weiteren Fokus legt die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission in ihrem Bericht auf das Verhalten im Zielbild zwischen Stadtrat und Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Wie in der letzten Gemeinderatssitzung diskutiert, wird der Gemeinderat wie auch die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission bei vielen Projekten vor vollendete Tatsachen gestellt, beispielsweise bei der Bauabrechnung der Kinderkrippe wie auch bei anderen Bau- und Planungsprojekten. Damit findet aus Sicht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission nur ungenügend ein politischer Meinungsbildungsprozess statt. Hier erwartet die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission einen Vorschlag des Stadtrats zu möglichen Prozessverbesserungen in der politischen Abstimmung. Ein beharren auf der Kompetenzordnung des Stadtrats ist hier nicht ausreichend. Es gibt Mitteltöne insbesondere in der Abstimmung von einzelnen Projekten, welche vorab einen Austausch ermöglichen können, ohne die formale Gewaltentrennung zu tangieren.

Für weitere Ausführungen verweise ich auf den Bericht und Antrag sowie die Beiträge meiner Kollegen aus der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

**Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP:** Vieles ist zur Rechnung 2023 von Ulrich Reiter schon gesagt worden. Deshalb nur noch ein paar Ergänzungen namens der FDP/BFPW-Fraktion:

Gemessen am Budget ist die Rechnung 2023 der Stadt tatsächlich sehr erfreulich ausgefallen, dank hohen Grundstückgewinnsteuern um 14,7 Mio. CHF besseren Ertragsüberschuss als budgetiert. Das erlaubt uns, dass wir die Verschuldung um einen Schritt zurückfahren. Die Nettoverschuldung pro Einwohner konnte von 723 CHF auf 366 CHF reduziert und damit auf den tiefsten Stand seit 2019 gebracht werden.

Ebenfalls für mich sehr wichtig und erfreulich ist die Tatsache, dass die relative Steuerkraft von Wädenswil, welche die Steuerkraft pro Kopf relativ zum durchschnittlichen Wert des Kantons misst, auf provisorischer Basis gerechnet - die definitiven Zahlen liegen noch nicht vor - von 88,1 % auf 91,8 % gestiegen ist. Das ist ein riesiger Sprung nach vorn in einem einzigen Jahr, nämlich um 3,7 Punkte. Gelingt es im nächsten oder in den nächsten wenigen Jahren nochmals, einen solchen Sprung nach vorne zu machen, dann überschreitet unsere relative Steuerkraft gegenüber dem kantonalen Mittelwert den Wert von 95 %. Diese Marke von 95 % ist sehr wichtig, da unter 95 % der Finanzausgleich alles 1:1 ausgleicht. Wenn man also darunterliegt, erhält man Franken für Franken mehr Finanzausgleich und wenn man sich verbessert, verliert man das Franken für Franken. Also Netto spielt es im Prinzip überhaupt keine Rolle, wo man dann steht. Hingegen wenn man bei 95 % ist, dann

gehören einem die nächsten 15 Punkte relativ zum kantonalen Mittelwert der Stadt und diese geben der Stadt mehr Spielraum, um die ganzen Finanzen und auch die Ausgaben zu gestalten. Das Erreichen der Marke 95 ist darum von zentraler Bedeutung, um die finanziellen Freiheitsgrade zu erlangen.

Dafür ist die Attraktivität für gute Steuerzahler ebenso wichtig wie die Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen für Unternehmen, damit unsere Unternehmen prosperieren und weitere Unternehmen angesiedelt werden können. Dort haben wir tatsächlich immer noch eine Schwäche, da unsere Erträge aus Unternehmenssteuern immer noch bei 7 % bis 8 % liegen. In Horgen ist er zwar gesunken, liegt aber immer noch um ein Mehrfaches über uns. Früher waren sie bei 40 %, jetzt glaube ich sind sie bei ungefähr 32 %. Also sogar 20 % und somit immer noch drei Mal höher als bei uns. Das ist die mögliche Zukunft, die Freiheitsgrade zu erreichen, wenn es uns gelingt, die Steuerkraft in Zukunft nochmals deutlich zu steigern.

Die aktuelle Situation ist noch nicht so gut. Unsere Finanzierungslücke, die wir in der Stadt haben, ist nach wie vor um die 6 Mio. CHF. Die strukturelle Finanzierungslücke, welche die normalisierten Investitionen der normalisierten Grundstückgewinnsteuern gerechnet wird. Darüber haben wir vor ein paar Sitzungen bei einem Vorstoss von uns gesprochen.

Zugleich stehen enorm hohe Investitionen an, unter anderem auch für den Seewasserwärmeverbund und in der Frohmatt. Es gibt daher keinen Grund zurückzulehnen. Die Sparpotenziale, welche mittels Benchmarking-Analysen identifiziert worden sind und weiterhin werden, müssen nun in der verbleibenden Legislaturperiode fokussiert gehoben und realisiert werden. Das Gleiche gilt für die Potenziale für Kosteneinsparungen aus der Digitalisierung der Geschäftsprozesse und der Verwaltung. Wir erwarten hier im Budget 2025 klare Verbesserungsschritte vom Stadtrat, welche sich in einer sinkenden strukturellen Finanzierungslücke niederschlagen.

Und hier möchte ich auch noch eine Nebenbemerkung machen, bevor ich schliesse. Wir finden es überaus kontraproduktiv, wenn im Gemeinderat laufend Vorstösse gemacht werden, die darauf abzielen, der Stadt immer weitere nicht zum Kernauftrag gehörende Aufgaben zu übertragen, jeweils mit nachhaltig negativen Folgen für den Betriebs- und Personalaufwand. Die Budgets unserer Einwohner sind jetzt schon angespannt, da gewisse Kernkomponenten im Warenkorb wie Gesundheit und Energie systematisch seit Jahren überdurchschnittlich ansteigen. Die Einwohner wollen nicht auch noch höhere Steuern bezahlen, sondern das Gegenteil. Es muss sparsam mit den Mitteln der Steuerzahler umgegangen werden und wir müssen darauf hinarbeiten, den Steuerfuss, notabene der höchste der Seegemeinden, mittelfristig zu senken. Dass ein tieferer Steuerfuss dem Wunsch der Stimmberechtigten entspricht, hat die Gemeindeversammlung der OSW zum Budget 2024 klar gezeigt.

**Mitglied der GRPK, Simon Bass, Die Mitte:** Wie bereits von verschiedenen Seiten gehört, schliesst die Rechnung 2023 mit einem Überschuss von 18. Mio. CHF ab. Auch dieses Jahr wieder begünstigt durch ausserordentlich hohe Grundstückgewinnsteuern. Das ist eigentlich sehr erfreulich. Auch der Fakt, dass das Steuersubstrat im 2023 nochmals zugenommen hat ist äusserst erfreulich und hoffentlich auch nachhaltig. Normalisiert man die Rechnung je-

doch, zeigt sich jedoch wieder ein strukturelles Defizit von 5 bis 6 Mio. CHF. Eines der Legislaturziele des Stadtrats «Finanziell gesunder Standort» scheint trotz leichter Verbesserung immer noch in weiter Ferne.

Zur Rechnung sonst fallen vor allem die hohen Kosten für «Dienstleistungen Dritter» in praktisch allen Abteilungen auf. Das obwohl der Stellenplan in der Stadtverwaltung um einiges zugenommen hat. Auch das erscheint mit dem Legislaturziel 3 «Chancen der Digitalisierung nutzen» leider nicht wirklich im Einklang zu sein. Weiter ins Auge gestochen sind die teils massiven einzelnen Abweichungen zwischen der Rechnung 2023 und dem Budget 2023. Bei genauerer Betrachtung der Rechnung stellt man fest, dass der effektive Rechnungsbetrag von allen diesen falsch budgetierten Positionen im Jahr 2022 bereits in der Grössenordnung von diesem Rechnungsjahr gewesen ist. Es macht den Anschein, dass schlussendlich nicht auf den Zahlen 2022 budgetiert wurde, sondern man sich eher auf irgendwelche anderen willkürlichen Beträge stützte. Das ist sicher einer der Punkte, die die jeweiligen Abteilungsvorstände aus dieser Debatte mitnehmen sollen.

Im Grossen und Ganzen kann man aber sagen, dass die Rechnung solide und bis auf die aufgezählten Punkte sauber geführt wurde. Auch das Team rund um Christof Wolfer und Stefan Müller macht einen guten Eindruck und versuchen jeweils Red und Antwort zu stehen.

**Stadtrat Finanzen Christof Wolfer:** Es gibt für einen Finanzvorstand schwierigere Aufgaben als die Rechnung 2023 zu präsentieren. Wenn ich auf mein Cockpit mit den wichtigsten Kennzahlen der Rechnung 2023 schaue, möchte ich die drei besten Zahlen herausgreifen und die drei kritischsten Zahlen. Vieles wurde schon gesagt, ich werde mich kurzhalten.

- Das eine ist, dass wir den Selbstfinanzierungsgrad im Steuerhaushalt von 200 % erreicht haben. Das heisst, wir haben im Steuerhaushalt 12 Mio. CHF Schulden abgebaut. Das ist doch einmal ein gutes Zeichen.
- Die Steuerkraft pro Einwohner ist gestiegen. Das wurde bereits erwähnt. Zusätzlich ist auch bei den juristischen Personen der Anteil von 7,3 % auf 7,5 % gestiegen. Es ist zwar ein sehr tiefer Wert oder eine kleine Abweichung, aber immerhin in die richtige Richtung. Wir hoffen jetzt fest, das ist ein Trend und nicht eine zufällige Schwankung.
- Auch die Nettoschuld ist zurückgegangen. Wenn man nur den Steuerhaushalt anschaut, dann sind es 121 CHF, also 500 CHF weniger als im Vorjahr. Wir sind absolut auf dem richtigen Weg, wenn wir die Nettoschuld tilgen wollen.

Es gibt auch Bereiche, die Sorge bereiten. Ich habe drei herausgepickt:

- Das strukturelle Defizit, wie bereits erwähnt, ist zwar kleiner als budgetiert aber trotzdem gegenüber dem Vorjahr von 5 Mio. CHF auf 6 Mio. CHF gestiegen. Die, die jetzt meinen, dass wir so viele Sparmassnahmen im Köcher haben, dass wir das mit dem Budget 2025 beseitigen können, muss ich leider enttäuschen. Es ist nicht der Wille des Stadtrats, der fehlt, sondern schlicht und einfach die Einflussmöglichkeit.

- Sorgen macht mir auch der Gebührenhaushalt. Dort haben wir einen Selbstfinanzierungsgrad von gesamthaft 40 % und eine Nettoschuld pro Einwohner von 244 CHF, stark steigend. Das ist eine unschöne Entwicklung, auf die wir reagieren müssen.
- Die Nettoinvestitionen sind mit 12,5 Mio. CHF sehr tief. Um unsere Infrastruktur à jour zu halten, braucht es klar höhere Investitionen. Sonst entsteht ein Investitionsstau und Bauschulden sind nicht viel besser als Finanzschulden. Wir werden aber mit grosser Wahrscheinlichkeit schon dieses Jahr und in den folgenden Jahren die Unterinvestitionen der vergangenen Jahre kompensieren. Da machen mir die Frohmatt und der Wärmeverbund weniger Sorgen und auch die Sanierung der Alterssiedlung Bin Rääbe, die im nächsten Jahr kommt. Weil ich hoffe, dass diese ihre Investitionen wieder zurückzahlen, da sie auch Einnahmen haben. Aber für den Steuerhaushalt gibt es auch andere Projekte, die stark zu Buche schlagen. Da ist zum Beispiel das Asyl, das uns neben den bereits geplanten Kosten erhebliche Kosten in Millionenbeträge zusätzlich belasten wird und das ist in keinem Finanzplan enthalten. Auch auf der Schulseite können wir davon ausgehen, dass es grössere Investitionen in verschiedenste Anlagen geben wird. Auf der einen Seite die Erneuerung der alten Schulhäuser und auf der anderen Seite aber auch einen Ausbau. Also in diesem Sinne müssen wir uns darauf einstellen, dass die schönen Zeiten von 10 Mio. CHF Investitionen vorbei sind und dementsprechend auch der Selbstfinanzierungsgrad unter Druck gerät.

Nichtsdestotrotz und alles in allem ist der Stadtrat zufrieden mit der Rechnung und empfiehlt Ihnen, diese anzunehmen.

### **Zur laufenden Rechnung der einzelnen Abteilungen und gleichzeitig die FLAG-Teilprojekte**

#### **Präsidiales, S. 170 ff.**

**Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP:** Zusammen mit André Zürrer besuchte ich am 8. Mai die Abteilung Präsidiales, um die Fragen zur Abteilung zu besprechen. Die Abteilung schloss das Jahr 2023 bei einem Aufwand von 10,1 Mio. CHF und einem Ertrag von 4,8 Mio. CHF mit einem Nettoaufwand von 5,3 Mio. CHF, somit gegenüber dem budgetierten Nettoaufwand von 5,0 Mio. CHF etwa 0,3 Mio. CHF schlechter. Wir danken Philipp Kutter und Esther Ramirez, die unsere Fragen bereitwillig entgegengenommen und zeitnah beantwortet haben. Ich gehe auch davon aus, dass der Bericht und Antrag gelesen wurde und halte mich daher kurz mit den Anmerkungen.

In der Allgemeinen Verwaltung haben wir den Fokus auf den Personalaufwand gelegt, welcher wie auch schon im Vorjahr stark stieg, dieses Mal um 23 % gegenüber dem Vorjahr, und gegenüber dem Budget sogar um 25 % höher. Unter anderem ist das auch infolge der Fluktuationsrate.

Die Fluktuationsrate in der Belegschaft der Stadtverwaltung stieg durchschnittlich auf über 20 %. Da nicht systematisch Austrittsgespräche geführt werden und eine zentrale HR-Datenbank noch fehlt bzw. noch nicht vollständig operativ ist, kennt die Stadtverwaltung die genauen Gründe der Fluktuation nicht. Es bestehen zwar Vermutungen, dass diese Fluktuation einerseits mit der Demographie, grosse Jahrgänge gehen in Pension, kleine kommen nach,

zu tun haben und andererseits auch mit sehr attraktiven Jobangeboten, die wir im harten Arbeitsmarkt haben. Aber insgesamt hat die Führung der Stadtverwaltung nur beschränkte Informationen und kann ohne tiefgreifendes Verständnis der Problematik auch nicht systematisch Lösungsansätze gegen die hohe Fluktuation definieren. De facto ist nicht einmal zentral eruiert, welche bewilligten Stellen per Jahresende nun besetzt sind oder nicht. Das ist ein tiefgreifender Mangel im Management Information System, der rasch gelöst werden muss. Hohe Fluktuationsraten führen zu hohen Mehrkosten, da neben Kosten für Personalsuche auch die anfänglich tiefere Produktivität neu eingestellter Mitarbeiter eingerechnet werden muss.

Darum ist ein zentrales HR System mit dazugehöriger Datenbank absolut wichtig. Es befindet sich jetzt im Aufbau, was sich aufgrund der vielen dezentralen und uneinheitlichen Papierdossiers offenbar als schwierig und zeitraubend erweist. Hier muss die Stadtverwaltung Gas geben und dranbleiben, damit sie bald über ein wirksames Management Information System verfügt und wenn sie es hat, ist das hoffentlich ein positiver Kostentreiber, im Sinne von Kostensenkung.

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission erwartet zudem und das hat Ulrich auch bereits erwähnt, dass im Finanz- und Entwicklungsplan künftig ein Mehrjahres-Stellenplan vorhanden ist, und dass bei der Rechnung klar ist, welche Stellen zum Stichtag besetzt sind und welche nicht.

Das enorme Wachstum des Nettoaufwands in der Allgemeinen Verwaltung, welche kumulativ seit 2020, also innert drei Jahren, 50 % betrug, muss nun gedeckelt werden und die hohen Investitionen über die letzten Jahre in die Digitalisierung der Geschäftsprozesse und der Verwaltung müssen langsam auch ökonomisch wirksam werden, so dass dieser Nettoaufwand nicht weiter steigt bzw. pro Kopf der Bevölkerung zu sinken beginnt.

**Stadtpräsident Philipp Kutter:** Ich sage gerne ein paar Worte zum Thema Personalwesen, nicht nur zum Personal des Präsidialen, sondern generell zum Thema, da es auch im Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission Platz einnimmt und auch ein Thema ist, das uns sehr stark beschäftigt.

Es wurde richtig gesagt und wir weisen es auch aus, dass die Fluktuation stark zugenommen hat. Nicht nur in diesem Jahr, sondern auch schon in den letzten Jahren. Das hat verschiedene Ursachen und treibt auch den Aufwand im Personalwesen in die Höhe, was man in verschiedenen Bereichen hört. Sei das bei der Werbung für Personal für offene Stellen oder beim Betreuen von Mitarbeitenden und auch bei den Springereinsätzen.

Im Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission steht, wir müssen die Springereinsätze deckeln. Ich möchte darauf hinweisen, wenn in einer Dienststelle eine Stelle nicht besetzt ist und der Aufwand trotzdem da ist, dann müssen wir dort Verstärkung haben, weil sonst der Rest des Teams darunter leidet und die Folgen wären noch mehr Überlastungen und Ausfälle. Wenn beispielsweise im Steueramt jemand ausfällt, muss der Umsatz einfach erledigt werden und darum ist es schwierig, dieser Anforderung der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission 1:1 nachzukommen.

Wir versuchen aber natürlich zu erreichen, dass die Leute, die bei uns arbeiten, auch bei uns bleiben. Wir versuchen zu erreichen, dass die Mitarbeitenden weniger lange Absenzen haben, wenn sie krank oder verunfallt sind. Darum haben wir verschiedene Massnahmen ergriffen. Eine Massnahme, das sogenannte Case Management ist mit der Weisung 17 zurzeit bei euch hängig und wir sind sehr dankbar, wenn wir das einführen können. Wir möchten gerne die Mitarbeitenden, die zurzeit wegen Krankheit abwesend sind, gerne wieder enger begleiten.

Ich möchte noch ein Wort zur Digitalisierung sagen. Diese betrifft das HR aber auch andere Bereiche. Beat Lüthi sagte, er möchte langsam gerne Benefits der Digitalisierung sehen. Das wollen wir auch gerne. Aber man muss darauf hinweisen, dass im Moment unsere ganze Verwaltung hybrid unterwegs ist. Wir führen Sachen weitgehend doppelt. Einerseits versuchen wir mit der Digitalisierung Schritt zu halten und die Bedürfnisse für einen Teil der Bevölkerung zu erfüllen, aber es gibt immer noch Menschen, die auf das Papier angewiesen sind. Das gleiche machen auch andere Organisationen. Ihr könnt die Diskussionen verfolgen, die bei der Post oder der SBB laufen. Ganz aufs Papier kann man leider trotz allem nicht ganz verzichten.

Zuletzt möchte ich gerne noch Danke sagen für die offenen Gespräche und den guten Austausch mit der Delegation der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

#### **Finanzen, S. 183 ff.**

#### **Globalkredit Immobilien S. 133 - 136**

**Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP:** Simon Bass und ich trafen uns am 8. Mai 2024 mit Stefan Müller, Rita Nigg und Frank Seboldt sowie dem zuständigen Stadtrat Christof Wolfer, um die Rechnung der Abteilung 2, Finanzen und Immobilien, zu besprechen. An dieser Stelle bedanke ich mich für das ausführliche, informative und offene Gespräch.

Bevor ich weiterfahre, möchte ich auch darauf hinweisen, dass ich davon ausgehe, dass ihr den Bericht und Antrag gelesen habt und auch offene Ohren hattet, als meine Vorredner zum Thema des finanziellen Erfolgs der Stadt sprachen.

Wir schauen auf eine Rechnung 2023 mit verschiedenen Facetten. Ich nenne sie für mich eine Dalmatiner-Rechnung, weiss mit dunklen Flecken. Einige von euch würden lieber von einer Border-Collie-Rechnung sprechen. Mit dem Dalmatiner-Bild möchte ich die Rechnung der Abteilung 2 etwas beleuchten. Verzeiht mir bitte, dass ich dabei Finanzen und Immobilien nicht strikt auseinanderhalte.

Weiss ist der gute Steuerertrag, auch die ordentlichen Steuern schliessen gegenüber Budget und Vorjahr besser ab. Daraus entstand ein gegenüber dem Vorjahr um 250 CHF höherer Steuerertrag pro Kopf. Massiv höhere Grundsteuern zögern den Ausbau neuer Schulden etwas hinaus. Das ist hingegen ein kosmetisches weiss. Ein dunkler Fleck ist das strukturelle Defizit. Versiegen die guten ausserordentlichen Steuereinnahmen, wird sich anschliessend wahrscheinlich die Schuldenlast wieder stark erhöhen.

Die Digitalisierung bei den Finanzen und Immobilien machen Fortschritte. Die neuen Apps bei den Immobilien ermöglichen nächstens neue, weisse Transparenz, welche die Kundenbedürfnisse, vor allem bei den Nicht-Flag-Abteilungen in Zukunft besser erfüllen werden. Für die Rechnung 2023 reden wir aber immer noch von grauen Flecken.

Das Thema Immobilienstrategie wandelt sich von schwarz zu weiss. Mit der 2023 gestarteten Implementierung der Rollenmodelle sind sich die dunklen Flecken am Verkleinern.

Die personelle Situation zeigt ein veränderliches Punktbild. Einerseits überdurchschnittliche Fluktuation beim Steueramt, mit der Folge, dass erfahrenes Personal Mangelware ist. Andererseits Entspannung bei den Immobilien mit der neuen Stellvertretung des Leiters Immobilien. Das ermöglicht nun, dass der Leiter Immobilien sich wichtigeren Projekten zuwenden kann.

Wie gesagt, mehr und genauere Details, zu dem ich jetzt schwarz, weiss gesagt habe, liest ihr im Bericht nach.

Ich schliesse damit, dass ich wirklich hoffe, dass sich die Abteilung 2 weiter mutieren kann, und zwar zu einem weissen Schäfer und hoffentlich nicht zu einem schwarzen belgischen Schäfer.

#### **Planen und Bauen, S. 193 ff.**

#### **Globalkredite Planen und Bauen, S. 137 - 144**

**Mitglied der GRPK, Simon Bass, Die Mitte:** Am 23. Mai 2024 führten Marco Kronauer und ich den Abteilungsbesuch bei der Abteilung Planen und Bauen durch. Ich bedanke mich an dieser Stelle herzlich bei Stadträtin Astrid Furrer und dem neuen Abteilungsleiter Dirk Göbbels für die ausführliche und kompetente Beantwortung unserer Fragen bedanken.

Die Abteilung Planen und Bauen schliesst die Rechnung 2023 mit einem um 0,4 Mio. CHF höheren Nettoaufwand als budgetiert ab. Dabei resultiert ein Betrag, der um 0,5 Mio. CHF tiefer ist als budgetiert.

Ein Grossteil des höheren Nettoaufwands machen die gestiegenen Energiepreise aus. Die Energiekosten liegen um 0,1 Mio. CHF höher als ursprünglich budgetiert. Dazu kommt, dass ein Grossteil der Kosten den Wärmeabnehmenden nicht weiter verrechnet werden können. Das aufgrund veralteter Verträge, welche auf einem indexierten Gas- und Erdölpreis basieren. Somit konnten vor allem die gestiegenen Stromkosten, ca. 209 % höher als in der Rechnung 2022, nicht weitergegeben werden. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission fordert, dass die alten Verträge auf den nächstmöglichen Termin neu ausgehandelt werden.

Aufgrund der zeitgleichen Kündigung der Abteilungsleiterin und ihres Stellvertreters, musste für die Stadtplanung ein externer Dienstleister engagiert werden. Dies führte zu höheren Ausgaben für Dienstleistungen Dritter beim Konto Bewilligungen und Raumplanung.

Im Konto Strassenwesen fiel der Nettoaufwand um 1,1 Mio. CHF tiefer aus als in der Rechnung 2022. Dies durch die erstmaligen Ausschüttungen finanzieller Mittel aus dem kantonalen Strassenfonds. Dennoch ist der Aufwand pro Quadratmeter im FLAG-Ziel Strassenwesen gegenüber der Rechnung 2022, vor allem aber dem Budget 2023, massiv gestiegen. Das ist auf eine Materialteuerung von bis zu 10 % sowie einem höheren Unterhalt aufgrund ungenügenden Strassenzustands zurückzuführen.

**Werke, S. 208 ff.**

**Globalkredite Werke S. 144 - 153**

**Mitglied der GRPK, Clemens Schroedter, GLP:** Ich ging zusammen mit Roman Hermann zu Jonas Erni, Rolf Baumbach und Martin Straub bei den Werken. Sie standen mir sehr geduldig Red und Antwort. Da ich das zum ersten Mal machte, kamen relativ viele Fragen meinerseits.

Aufwand und Ertrag lagen tiefer als budgetiert. Das lag daran, dass es weniger Absatz in diesem Jahr gab als ursprünglich angenommen. Durch den wenigen Absatz gab es auch weniger Aufwand durch die wenige Beschaffung des Gases. Die FLAG-Ziele konnten durchaus erreicht werden. Das hat mir schlussendlich die ganze Prüfung relativ einfach gemacht. Insbesondere das was in der Zukunft vor uns steht ist das interessante und herausforderndste, nämlich die Umstellung auf den Wärmeverbund. Die Herausforderung dabei ist, was wir mit den Gasleitungen machen, die jetzt im Boden liegen oder besser gesagt, wie wir dies alles zurückfahren und in Zukunft koordinieren.

Beim Wasser sieht das Ganze etwas schwieriger aus. Der Selbstfinanzierungsgrad ist ziemlich tief. Wir sind bei 35 %. Eigentlich sollte man bei 100 % liegen. Angestrebt wird, dass wir in den nächsten 5 Jahren auf 50 % Selbstfinanzierungsgrad kommen. Dazu wird wahrscheinlich eine Preiserhöhung von 30 bis 40 Rappen pro Kubikmeter nötig sein. Damit kommen wir in die Nähe der 50 %. In wiederum vier bis fünf Jahren wird der Preis nochmals um 40 Rappen pro Kubikmeter erhöht, damit wir einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 % erreichen. Der tiefe Selbstfinanzierungsgrad kommt durch die grossen Investitionen, die im Moment getätigt werden, aber in Zukunft auch noch anstehen werden. Einerseits das Wasserleitungsnetz und danach wird das Reservoir Appital saniert und der Neubau des Reservoirs Schand anstehen.

Der Wasserverlust ist ziemlich gestiegen im Vergleich zum letzten Jahr. Er ist aber trotzdem noch sehr tief im nationalen Vergleich. Wir sind bei 4,5 % und bei ca. 10 % wären wir beim landesweiten Durchschnitt.

Bei der Tankstelle ist der Kostendeckungsgrad von 98 % interessant. Hier würde man erwarten, dass eine Tankstelle 100 % hinkriegt. Die Preisstrategie muss in Zukunft überdacht werden.

**Gesellschaft, S. 223 ff.**

**Globalkredite Gesellschaft S. 154 - 163**

**Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP:** Am Mittwoch, 15. Mai konnten Beat Lüthi und ich die Abteilung Gesellschaft besuchen und unsere Fragen wurden durch Stadtrat Daniel Tanner und die Abteilungsleiterin Samira Bahrami kompetent beantwortet. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich bedanken.

Im Vergleich zur Rechnung 2022 steigt der Aufwand um 3,1 Mio. CHF und das, weil unter anderem die Dienststelle Soziokultur und die Infostelle Betreuung und Pflege neu in die Gesellschaft eingegliedert wurden, die in der Rechnung 2022 noch bei der Primarschule aufgeführt waren. Die anderen hauptsächlichen Kostentreiber bei der Abteilung Gesellschaft sind die Bäder und die Krankenpflege wie schon in den vorherigen Jahren.

Die Krankenpflege ist gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. CHF und gegenüber dem Budget gar um 2,6 Mio. CHF gestiegen. Die Stadt hat im letzten Jahr die integrierte Versorgung und die Infostelle Betreuung und Pflege zusammengeführt, damit die Kostensteigerung besser kontrolliert und übersehen werden kann. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission wie auch der Stadtrat erwarten keine Trendwende bei den Gesundheitskosten, aber eine bessere Kontrolle und Übersicht.

Die Bäder haben nach dem Umbau des Wellnessbereichs im Hallenbad Untermosen noch bei weitem nicht die erwartete Kostendeckung erreicht. Insbesondere das Hallenbad hat mit einem Defizit von 1,4 Mio. CHF ein besorgniserregendes Auseinanderlaufen von Ertrag und Aufwand an den Tag gelegt. Dies unter anderem, weil der Personalaufwand von zwei Mitarbeitenden, die für die Sporthalle Untermosen tätig sind, fälschlicherweise bei den Bädern verbucht wurden und weil die Stromkosten nach wie vor zu hoch sind. Die weiteren Details entnehmen Sie bitte aus dem Bericht.

Bei der Stadtpolizei fiel der Nettoaufwand gegenüber der Rechnung 2022 um knapp 0,4 Mio. CHF höher aus. Dies hauptsächlich wegen tieferer Einnahmen bei Parkplatzgebühren und Bussen. Zudem hat ein Mitarbeiter gekündigt und diese Stelle konnte bis zu diesem Sommer 2024 nicht besetzt werden. Der PAD (Polizeilicher Assistenz Dienst) ist zuständig für die Einnahmen der Parkplatzgebühren sowie Bussen. Da diese Stelle nicht besetzt werden konnte, wurden auch die Parkplätze nicht in dem Umfang geprüft.

Durch den Stadtrat wurden im Mai des letzten Jahres die Parkplatzgebühren wie folgt erhöht zur Erinnerung: Bei 1 Std. von 1,50 CHF auf 2 CHF oder bei 4 Std. von 3,90 CHF auf 5 CHF, was im Vergleich zu anderen Gemeinden wie Richterswil, Horgen oder Thalwil gleich oder tiefer ist. Da die Einnahmen insgesamt gesunken sind, wird der Stadtrat mit einem externen Berater ein neues Parkplatzkonzept entwickeln und einmal mehr auch Plätze einbeziehen, die heute gratis sind und danach nicht mehr, damit voraussichtlich die Gebühren im Zentrum wieder sinken können. Wir lassen uns überraschen.

## **Schule und Jugend S. 243 ff.**

**Mitglied der GRPK, Roman Hermann, FDP:** Peter Huber und ich besuchten die Abteilung Primarschule Wädenswil (PSW) am 7. Mai, um die zuvor von den Fraktionen übermittelten Fragen sowie weitere Sachverhalte mit dem Leiter PSW, Stadtrat Pierre Rappazzo, Ruedi Schweizer, Leiter Schulverwaltung, seinem Stellvertreter, Stefan Siegrist, sowie Charlotte Zysset, Mitglied der Schulpflege, zu diskutieren. Für den angenehmen Austausch und die zeitnahe Beantwortung der Fragen bedanken wir uns bei allen involvierten Parteien herzlich.

Die Abteilung PSW wartet gegenüber der Rechnung 2022 mit einer Nettoaufwandsteigerung von 700'000 CHF auf, respektive gegenüber dem Budget um 1,1 Mio. CHF. Dies bei einer Zunahme der Schülerzahl um 79.

Ein Primarschüler in der Gemeinde Wädenswil kostet in etwa rund 21'500 CHF pro Jahr. Eine Zahl, die der verantwortliche Stadtrat inflationsbereinigt auf dem Niveau des Jahres 2021 plafonieren will. Grob gesagt ist man diesem Ansinnen mit der Rechnung 2023 in etwa nachgekommen. Schaut man sich die Details der positiven Kostenabweichungen in der Rechnung jedoch genauer an, besteht noch kein Grund zum Jubeln.

Wie wir auch schon in anderen Abteilungen gehört haben, haben wir in der PSW massive Kostenüberschreitungen aufgrund von teuren Springereinsätzen sowie befristeten Pensenerhöhungen aufgrund von Personalfuktuation und Krankheit. In diesem Zusammenhang mutet es etwas befremdlich an, wenn man hört, dass die Krankheitstage bei den Lehrpersonen nicht systematisch erfasst werden. Zumindest gehören die teuren Springereinsätze gemäss dem zuständigen Stadtrat künftig der Vergangenheit an. Er will das nur noch sehr restriktiv bewilligen. Da werden wir sicher ein Augenmerk darauf richten.

Der zweite Hauptgrund für die Nettoaufwandüberschreitung ist der gescheiterte Versuch des Insourcings der Schülertransporte. Wir erinnern uns an die chaotischen Zustände, als die von der Stadt gekauften Busse infolge Chauffeurmangels die zu bedienenden Routen nur mangelhaft bedienen konnten. Diese Übung hat die Stadt 400'000 CHF mehr gekostet als budgetiert. Die indirekten Kosten sind darin natürlich nicht enthalten.

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission wünscht sich, dass der Stadtrat daraus seine Lehren zieht und davon absieht zu versuchen, Leistungen selbst erbringen zu wollen, für welche es einen funktionierenden Markt gibt.

Abschliessend erwartet die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, dass der Aufbau eines zeitgemässen Controllings bis auf Stufe einzelner Schuleinheiten mit Hochdruck umgesetzt wird. Gemäss Aussagen der PSW hat man hier mittlerweile erst einen Umsetzungsgrad von 50 % erreicht. Das, damit endlich aussagekräftige Leistungs- und Kostenvergleiche auf Stufe Schulhaus angestellt werden können, welche hoffentlich dazu führen, dass wir nicht nur eine Plafonierung der indexierten Kosten pro Schüler erwarten werden dürfen, sondern allenfalls sogar eine Plafonierung der absoluten Kosten.

**Stadtrat Primarschule Pierre Rappazzo:** Vielen Dank Roman und Peter für den Besuch in der PSW. Gerne ergänze ich kurz euren schriftlichen Bericht und die mündliche Ausführung.

Letztes Jahr konnte ich verkünden, dass das Kostenwachstum an der PSW gestoppt worden ist. Heute kann ich berichten und ich bin zuversichtlich, dass wir bereits am Sinken sind bei den Kosten pro Schüler. Wie Roman vorhin auch richtig gesagt hat, ist erstens alles ein bisschen träge und zweitens nicht ganz einfach zu messen. Aber wir sind sehr zuversichtlich und im Vergleich zum 2021 sind wir bereits um 5 % tiefer und das ohne Qualitätseinbusse. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Auch das, was Roman betreffend Krankheit erwähnt hat, kann ich sagen, dass wir die zufriedensten Lehrerinnen und Lehrer des ganzen Kantons haben. Wir haben die tiefste Fluktuationsrate. Das ist heute beim Lehrermangel eine wichtige Kennzahl. Das heisst, wir haben dadurch eine hohe Qualität an der Schule. Wir wissen, die Motivation ist die wichtigste Motivation. Die Kennzahl zeigt uns, dass wir auf einem guten Weg sind. Daher bin ich sehr zuversichtlich, dass wir auch gesunde Lehrer haben. Innerhalb der Schuleinheiten betreuen wir einige Projekte, die die Gesundheit in den Vordergrund stellen. Denn tatsächlich ist die Belastung auch in der Schule grösser geworden.

Qualitätseinbusen mussten keine hingenommen werden. Das ist das Gute. Im Gegenteil, wir konnten die finanzielle Verbesserung in neue Projekte zur Qualitätssteigerung investieren. So werden wir im Kindergarten eine neue Betreuungssituation schaffen, bei der man kantonsweit sagen kann, dass wir eine der besten Lösungen anbieten können, so dass dort die bis zu 4-jährigen Kinder hervorragend betreut sind und wir mit gutem Gewissen diese auch hinausgehen lassen können, zum Beispiel auf den Weg ins Hallenbad oder die Turnhalle.

Auch in der Sonderpädagogik werden wir grosse qualitative Verbesserungen erzielen. Dazu kann ich sicher nächstes Jahr schon etwas erzählen.

Das im letzten Jahr in Aussicht gestellte Controlling konnten wir nur zum Teil umsetzen. Roman hat es bereits in seinen mündlichen Ausführungen erwähnt. Wie im Bericht zu lesen ist, haben wir, insbesondere bei den Schuleinheiten, für die spezifischen Aufwände noch nicht die nötigen Instrumente. Nächstes Jahr wollen wir das mit einer neuen Software besser lösen, damit diese Kennzahlen Fortschritte erzielen. Übergreifend haben wir bereits gute Kennzahlen, die wir vergleichen können. Diese helfen auch, das Ziel langfristig im Auge zu behalten.

Verbesserungspotenzial haben wir zum Glück noch, und zwar nicht in der Bildung, sondern in den Bereichen Führung, Verwaltung und Services. Hier haben wir durchaus noch grösseres Potenzial, um effizienter zu werden. Diesen Bereich gehen wir als Nächstes an. Und da kann ich dann hoffentlich nächstes Jahr Positives berichten.

Damit bin ich zuversichtlich, dass wir unser mittelfristiges Ziel, den kantonalen Benchmark, erreichen.

**Soziales, S. 259 ff.**

**Alterszentrum Frohmatt, S. 274**

**Globalkredite Soziales S. 163 - 166**

**Globalkredit Alterszentrum Frohmatt, S. 166 - 168**

**Mitglied der GRPK, Peter Huber, SP:** In der Abteilung Soziales ist der Aufwand fast 6 Mio. CHF geringer als budgetiert. Dies vor allem, weil mehr Personen aus der Ukraine erwartet wurden. Der Ertrag ist geringer als budgetiert, aber um 2,8 Mio. CHF höher als im Vorjahr.

Am Anfang grosser Krisen fliehen häufig die Gebildeten und Wohlhabenden. Hält die Krise länger an, wie das in der Ukraine der Fall ist, kommen auch schwächere Personen und diese bleiben dann länger beim Sozialamt. Dies führt längerfristig zu steigenden Kosten.

Die Fallzahlen haben allerdings aus einem anderen Grund noch zugenommen, da die Versicherung gewechselt hat. Ich gehe hier nicht auf Details ein. Noch immer ist es schwierig, im aktuellen Arbeitsmarkt Fachpersonal zu finden. Die Abteilung Soziales musste teure externe Springer zuziehen. Das hat man dann gemerkt.

Das Alterszentrum Frohmatt hat einen Nettoertrag von 2,1 Mio. CHF erzielt. Dieses erfreuliche Ergebnis ist zur Hauptsache auf die sehr hohe Gesamtauslastung von über 98 % zurückzuführen.

Die Personalfuktuation hat allerdings noch mehr zugenommen und ist jetzt bei 19 %. Das ist auch auf den hohen Fachkräftemangel zurückzuführen. Frau Pirovino und Claudia versuchen kreative Lösungen zu finden.

Die hohen Absenzzahlen sind für den Betrieb problematisch. Deshalb wurde ein strukturiertes Managementsystem eingeführt, um das in den Griff zu bekommen. In diesem Zusammenhang will ich auch die Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwähnen. Das Ergebnis hat ergeben, dass die Mitarbeitenden grundsätzlich sehr zufrieden mit der Arbeitsstelle sind. Das scheint der hohen Personalfuktuation zu widersprechen, aber es ist so.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich zu Beginn einer solchen Prüfung zuerst eigentlich den Revisionsbericht anschau, da bereits andere Leute geprüft haben. Dieser stand einmal mehr nicht zur Verfügung. Das finde ich sehr schade und behindert die Arbeit ein wenig.

**Zur Investitionsrechnung, S. 388 ff.**

**Mitglied der GRPK, Clemens Schroedter, GLP:** Die Investitionsrechnung ist in den jeweiligen Abteilungen detailliert behandelt worden. Die Investitionen sind insgesamt 4,6 Mio. CHF tiefer als budgetiert. Das heisst, man konnte 89 % der budgetierten Ausgaben umsetzen. Das ist eigentlich ganz okay. Sobald man unter 80 % kommt, redet man von einem Investitionsstau. Unter die 80 % sind wir nicht gefallen und in diesem Sinn ist alles völlig in Ordnung. Über einzelne Projekte können wir leider keine Aussagen machen, ob diese günstiger oder teurer geworden sind, wenn man sie auf der globalen Stufe anschaut. Dementsprechend muss man bei den einzelnen Abteilungen schauen.

### **Kreditabrechnungen Kindergarten Meierhof, Etzelstrasse 41, S. 109 und Kinderkrippe Etzelstrasse 6, S. 108**

**Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper:** André Zürrer wird sich zu beiden Kreditabrechnungen äussern. Abstimmen werden wir jedoch separat.

**Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP:** Am Montag, 22. April 2024 konnten Urs Hauser und ich die Dienststelle Immobilien besuchen, um die Kreditabrechnungen des Kindergartens und der Kinderkrippe zu prüfen. Wir wurden sehr freundlich von Bau- und Projektleiter Marcus Wieser empfangen und ich möchte mich an dieser Stelle bei ihm recht herzlich dafür bedanken.

Zum Kindergarten Meierhof: An der Gemeinderatssitzung vom Oktober 2018 wurde der Weisung 30 betreffend Erneuerung des Kindergartens Meierhof in Wädenswil zugestimmt. Der Stadtrat beantragte einen Kredit von 1,9 Mio. CHF zu Lasten der Investitionsrechnung für die Erneuerung des Kindergartens. Es gab eine Kostenüberschreitung von ca. 4,5 %. Dies entspricht 132'000 CHF. Dies weil hauptsächlich beim Aushub, der Umgebung und der neuen Warmwasseraufbereitung Mehrkosten angefallen sind. Details entnehmen Sie bitte aus dem Bericht.

Zur Kinderkrippe Etzelstrasse: An der Gemeinderatssitzung vom 19. Januar 2019 stimmte der Gemeinderat der Weisung 2 betreffend Sanierung Kinderkrippe zu. Der Stadtrat beantragte einen Kredit von 1,49 Mio. CHF zu Lasten der Investitionsrechnung für die Sanierung der Kinderkrippe. Das Projekt hat am Ende bei 2,6 Mio. CHF abgeschlossen und gemäss Stadtrat mit einer Kostenunterschreitung von 7 %. Dies weil der Stadtrat im Verlaufe des Projekts mehrere Nachtragskredite bewilligte, um nach mangelhafter Kommunikation zwischen dem vom Architekturbüro bestellten Brandschutzexperten und der Feuerpolizei nicht alle notwendigen Brandschutzmassnahmen nachträglich ausgeführt werden mussten.

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission erachtet diese Auslegung der Kostenunterschreitung als komplett falsch. Aufgrund unzureichender Planungsarbeiten und Kommunikationsfehler wurden zwei Zusatzkredite notwendig. Diese wurden durch den Stadtrat in Eigenregie freigegeben. Gegenüber der ursprünglichen Weisung führten diese Zusatzkredite zu einer Kostenüberschreitung von 75 %. Weitere Details entnehmen Sie bitte aus dem Bericht.

**Simon Bass, Die Mitte:** Wie André Zürrer bereits richtig ausführte, möchte ich mich auch noch zur Kinderkrippe an der Etzelstrasse 6 äussern. Aus unserer Sicht wirkt es nach einer Milchbüchleinrechnung, wenn man sagt, dass das Projekt um 7 % unterschritten wurde, aber unter dem Strich die Zahlen zusammenzählt und sieht, dass es eigentlich 75 % teurer ist, als das, über das man ursprünglich abgestimmt hat. Ob das ganze Projekt in dieser Grössenordnung vom Rat so bewilligt worden wäre, ist noch eine andere Frage. Für die Transparenz und die Zusammenarbeit der beiden Räte wäre es sicher von Vorteil, wenn man sich auf gewisse Zahlen stützen könnte und sie transparent ausweist und nicht sagt, man hätte den Kredit um 7 % unterschritten.

### **Kreditabrechnung Kindergarten Meierhof, Etzelstrasse 41**

#### **Antrag der GRPK**

Die einstimmige GRPK beantragt dem Gemeinderat die Kreditabrechnung zum Kindergarten Meierhof, Etzelstrasse 41, zu genehmigen.

#### **Abstimmung**

Der Rat genehmigt die Kreditabrechnung einstimmig.

### **Kreditabrechnung Kinderkrippe Etzelstrasse 6**

#### **Antrag der GRPK**

Die einstimmige GRPK beantragt dem Gemeinderat die Kreditabrechnung zur Kinderkrippe Etzelstrasse 6 zu genehmigen.

#### **Abstimmung**

Der Rat genehmigt die Kreditabrechnung grossmehrheitlich.

### **Schlussabstimmung über die Rechnung der politischen Gemeinde Wädenswil 2023:**

#### **Antrag der GRPK:**

Die einstimmige GRPK beantragt dem Gemeinderat, die Jahresrechnung 2023, die Sonderrechnungen, die Kreditabrechnungen Kindergarten Meierhof und Kinderkrippe Etzelstrasse 6 sowie die Globalkredite mit Berichten der FLAG-Teilprojekte der politischen Gemeinde zu genehmigen.

#### **Schlussabstimmung**

Der Rat genehmigt die Jahresrechnung 2023, die Sonderrechnungen, die Kreditabrechnungen Kindergarten Meierhof und Kinderkrippe Etzelstrasse 6 sowie die Globalkredite mit Berichten der FLAG-Teilprojekte der politischen Gemeinde einstimmig.

---

0.10.5

### 3. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2023

#### Detailberatung:

**Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne:** Ich habe keine Ergänzungen zum Geschäftsbericht.

**Stadtpräsident Philipp Kutter:** Keine Bemerkungen.

#### Antrag GRPK:

Die einstimmige GRPK beantragt dem Gemeinderat, den Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2023 zu genehmigen.

#### Schlussabstimmung

Der Rat genehmigt den Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2023 einstimmig.

---

0.5.4

### 4. Dringliche Interpellation von Christoph Mahler, EVP, Urs Hauser, EVP, Daniel Willi, SP und Karin Signer, SP, vom 14. April 2024, überwiesen am 27. Mai 2024, betreffend «Medienmitteilung des Kantons Zürich zur Gesamtschau Deponien vom 5. April 2024»; mündliche Beantwortung

**Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer:** Ich beginne mit den Antworten und baue die Fragen ein. Zur Einleitung, bevor ich auf die Fragen eingehe: In den Deponien - wenn man den Begriff im engeren Sinne anschaut - wird kein Aushubmaterial (das ist nämlich Typ A) von Bauprojekten wie Baugrund, Erde gelagert, sondern Material der Typen B bis E. Diese sind oben in der Interpellation beschrieben. Im Kanton fallen pro Jahr bis zu 1 Mio. Tonnen deponiebedürftigem Material an. Das wissen wir. Der grösste Teil, etwa 80 %, sind Bauabfälle von alten Häusern usw. Diese Abfallmenge kann Dank der Bestrebungen zur Kreislaufwirtschaft deutlich reduziert werden. Sie ist in den letzten Jahren deutlich geringer geworden aber trotzdem braucht es weiterhin Deponien im Kanton. Deshalb entstand diese Gesamtschau der Baudirektion, um für die kommenden 40 Jahre bereit zu sein für die enormen Mengen von Deponiematerial.

**Frage 1:** Wie und wann wurde die Stadt Wädenswil an dem «breit abgestützten Verfahren» konsultiert?

**Antwort:** Die Stadt Wädenswil wurde erst einen Tag vor der offiziellen Medienmitteilung per E-Mail über den neuen Standort Waggital informiert. Vorher wurden wir nie miteinbezogen. Die Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg (ZPZ) nahm im Januar 2024 an einem Workshop

des Kantons zusammen mit anderen Planungsgruppen teil, an dem die Standortstrategie für Deponien vorgestellt wurde. An diesem Workshop wurde der neue Standort Waggital nicht einmal erwähnt; es gab laut ZPZ keine Hinweise darauf.

Der Stadtrat hat absolut kein Verständnis für diese Nichtinformation einer direkt betroffenen Gemeinde durch die Baudirektion. Wir haben nur so per Medienmitteilung einen Tag vorher fast zufällig davon erfahren. Von einem «breit abgestützten Verfahren», wie so schön von der Baudirektion beschrieben wird, «gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Gemeinden und Planungsregionen», kann keine Rede sein.

**Frage 2:** Wie ist die Haltung der Stadt zu den jeweiligen Deponiestandorten und deren Typen-Einstufung?

**Antwort:** Der Stadtrat anerkennt einerseits die Notwendigkeit von genügend Deponien und andererseits, dass die Gemeinwesen, in diesem Fall auch Wädenswil, ihren Beitrag dazu leisten müssen. «Not in my backyard» ist nicht unsere Haltung. Aber der Stadtrat akzeptiert nicht, dass sich sämtliche Deponiestandorte für den Bezirk Horgen auf Wädenswiler Gemeindegebiet befinden oder direkt daneben. Längiberg in Horgen ist damit gemeint.

Heute sind zwei Standorte auf dem Gemeindegebiet im Richtplan eingetragen, nämlich Neubühl und Luggenbühl. Die Stadt nimmt diese Standorte zur Kenntnis. Sie befinden sich auf bereits mit Aushubmaterial (Infrastruktur A3) aufgefüllten Gebieten und weisen ökologische Defizite auf. Sie sind in der Nähe der Autobahnausfahrt und von dem her muss man sagen, wenn es eine Deponie braucht, sind sie vom Weg her nicht so schlecht gelegen.

Ebenfalls im Richtplan befindet sich der Standort Längiberg in Horgen. Dieser ist für Wädenswil sehr relevant, da geplant ist, dessen Zufahrt über Wädenswiler Gemeindegebiet zu führen. Zudem ist die Bevölkerung in der Au sehr direkt von diesem Standort in Horgen betroffen. Die Unterortstrasse, über diese die Zufahrt erfolgen müsste, müsste stark ausgebaut und ertüchtigt werden. Im Moment gilt ein Fahrverbot für LKW, da das Gelände teils instabil ist. Gerade letztes ist die Unterortsstrasse etwas abgerutscht. Im Längiberg werden auch kommunale Natur- und Landschaftsschutzobjekte beansprucht und wir befürchten, dass es im Gebiet Neubühl zu markantem Mehrverkehr auf dem heute bereits stark belasteten Kreislauf und den Strassen kommen könnte.

Aber auch der Längiberg ist im Richtplan eingetragen. Wir sind nicht sehr erfreut darüber. Nun ist es aber so, dass der massgebliche Landbesitzer vom Längiberg sein Land schon an einen Deponiebetreiber verkauft hat. Das ist bekannt. Den Richtplaneintrag zu entfernen ist sowieso politisch sehr schwierig, praktisch unmöglich würde ich jetzt sagen. Wenn einmal ein Standort eingetragen ist, finden Verhandlungen nach dem politischen Prozess (Richtplaneintrag, Gestaltungsplan) nur noch zwischen Deponiebetreibern und den Landbesitzern statt. Die Gemeinden können sich nur vorher einbringen, also bevor der Richtplaneintrag da ist. So gibt es eine Vernehmlassung zum Richtplaneintrag, Mitsprache beim Gestaltungsplan usw. Der Stadtrat wird deshalb alle Möglichkeiten nutzen, um die Zufahrt über die Unterortstrasse beim Längiberg zu verhindern. Wieso habe ich vorher ausgeführt.

Bezüglich Waggital wird der Stadtrat im politischen Prozess alles unternehmen, um den Neueintrag zu verhindern. Das Waggital befindet sich in landwirtschaftlichem gut genutztem Gelände in intakter Landschaft und in der Nähe des Schulhauses Stocken, was den Schulweg gefährlich macht. Eine erste offizielle Möglichkeit ist die Vernehmlassungsantwort zum Richtplaneintrag im kommenden Herbst. Sollte die Baudirektion weiter am Standort festhalten, muss man im Kantonsrat tätig werden.

Die ZPZ und die Stadt Wädenswil fordern bei der Baudirektion mit Vehemenz, dass pro Region jeweils nur ein Deponiestandort geöffnet ist und nicht mehrere gleichzeitig.

**Frage 3:** Welche Schritte wurden unternommen, um einen neuen zusätzlichen Deponiestandort zu verhindern?

**Antwort:** Diese Frage erübrigt sich. Wir hatten gar keine Möglichkeit dazu.

**Frage 4:** Wie beurteilt der Stadtrat das in der Medienmitteilung erwähnte breit abgestützte Verfahren? War Wädenswil dabei? Wenn ja, in welcher Form?

**Antwort:** Ich habe bereits erwähnt, dass wir nicht konsultiert wurden und wir uns dazu nicht äussern konnten. Wir haben uns jedoch zusammen mit der ZPZ gewehrt. Wir haben ein Schreiben an die Baudirektion des Kantons verfasst, in dem das Vorgehen gerügt wird. Ausserdem wollen wir nähere Infos, auf welchen Tatsachen man auf solche Ideen kommt. Wir haben sämtliche Erhebungen und Faktenblätter verlangt und werden dann zusammen mit der ZPZ die weiteren Schritte definieren.

**Frage 5:** Falls die Stadt sich aktiv am Verfahren beteiligt hat, wie kommt es, dass Wädenswil einen neuen zusätzlichen Deponiestandort erhält?

**Antwort:** Diese Frage erübrigt sich.

**Frage 6:** Wie will die Stadt auf die Priorisierung von Standorten einwirken?

**Antwort:** Das habe ich bereits erläutert, wie wir die Standorte sehen.

**Frage 7:** Wie hat in der Vergangenheit die Koordination mit der Gemeinde Horgen stattgefunden? Was ist für die Zukunft geplant?

**Antwort:** Zwischen der Stadt Wädenswil und der Gemeinde Horgen findet periodisch Austausch auf Stufe Politik und Verwaltung statt. Betreffend Zufahrt zum Gebiet Längiberg über unser Gemeindegebiet haben wir unsere ablehnende Haltung Horgen schon immer mitgeteilt und wir werden das auch weiterhin tun. Vielleicht kommt jetzt denn die Phase des Baugesuchs für die Deponie Längiberg. Da wird die Stadt Wädenswil keine Hand bieten für die Zufahrt über unser Gemeindegebiet. Die Zufahrt soll über Horgen stattfinden.

**Frage 8:** Wird die Stadt für einen Standort entschädigt?

**Antwort:** Nein, die Gemeinden werden grundsätzlich nicht entschädigt. Zwischen dem Deponiebetreiber und den betroffenen Landeigentümern wird ein privatrechtlicher Vertrag abgeschlossen, der u.a. die Entschädigung für die Bereitstellung des Landes regelt.

Hinweise zur Erstellung und zum Betrieb einer Deponie: Die Erstellung und der Betrieb einer Deponie sind bewilligungspflichtig. Die Bewilligung erfolgt auf der Basis eines Gestaltungsplans, der durch den Kanton prozessual geführt und anschliessend bewilligt wird. Basierend auf dem Gestaltungsplan erarbeitet der Betreiber ein Baugesuch gemäss Planungs- und Baugesetz des Kantons. Für den Bewilligungsprozess ist die zuständige Gemeinde verantwortlich - also wir.

Für den Betrieb benötigt der Betreiber eine Betriebsbewilligung des AWEL. Die Betriebsbewilligung muss alle fünf Jahre erneuert werden. Der Betrieb der Deponie wird laufend durch das AWEL überwacht. Nachdem eine Deponie geschlossen wird, ist der Betreiber noch für fünf weitere Jahre für die Nachsorge verantwortlich. Anschliessend stellt das AWEL die Nachsorge für weitere 45 Jahre sicher.

**Frage 9:** Welche Position und welchen Einfluss hat die Stadt Wädenswil in der ZPZ wahrgenommen?

**Antwort:** Die Stadträtin Planen und Bauen hat Einsitz in der Planungsgruppe als Delegierte mit Stimmrecht. Der Kontakt ist sehr gut und wir haben einen intensiven Austausch auch ausserhalb dieser Gremien. Bezüglich Deponien ist die Haltung der ZPZ und der Stadt identisch.

**Frage 10:** Wie plant die Stadt sich in der erwähnten Vernehmlassung einzubringen?

**Antwort:** Im 2. Halbjahr 2024 ist die öffentliche Auflage der Richtplanvorlage Teilrevision. Im Rahmen der Richtplanvorlage wird sich die Stadt Wädenswil einbringen und dazu Stellung nehmen, auch zum Standort Waggital.

Das wäre die Beantwortung dieser Fragen. Es war vielleicht etwas Lange, aber uns ist wichtig, alle Infos, die wir haben, Ihnen weiterzugeben.

Noch ein Hinweis: Von Seiten Planen und Bauen planen wir eine Besichtigung der Deponie Tambrig in Obfelden für den Gemeinderat. Sie werden eine Doodle-Umfrage für drei Termine erhalten. Die Besichtigung wird nur an einem Abend stattfinden. Gestartet wird um 16:00 Uhr. Man ist dann abends rechtzeitig wieder zurück. Wir wählen den Termin, an dem die meisten Leute teilnehmen können.

(Christoph Mahler verlässt den Bock und geht auf seinen angestammten Platz.)

**Christoph Mahler, EVP:** Ich bedanke mich bei Astrid Furrer für ihre Ausführungen und die Beantwortung unserer Fragen. Ich finde es sehr gut, dass viel Zeit investiert wurde, um alles möglichst genau zu beantworten. Jetzt haben wir einen Eindruck erhalten, wie der Stadtrat dazu steht und wie alles abgelaufen ist.

**Die Dringliche Interpellation betreffend «Medienmitteilung des Kantons Zürich zur Gesamtschau Deponien vom 5. April 2024» gilt als erledigt und wird abgeschrieben.**

---

0.5.4

**5. Interpellation der Fraktion Die Mitte, vom 29. April 2024, betreffend Vergabe des saisonalen Gastwirtschaftsbetriebs auf dem Wädenswiler Seeplatz; Begründung**

**Simon Bass, Die Mitte:** Die Bewilligung für einen Gastrobetrieb auf dem Wädenswiler Seeplatz ist diesen Frühling ordentlich neu vergeben worden. Die Vergabe hat durchaus Wellen geschlagen. So schreibt zum Beispiel die Zürichsee-Zeitung in der Ausgabe vom 4. Mai als Artikelüberschrift: «Die umstrittene peruanische Bar am Seeplatz wurde eröffnet.» Der Artikel zählt zudem einige Leserkommentare.

Auch für uns haben sich einige Fragen aufgeworfen. Denn unter anderem war der Lokalbezug der Betreiberin oder des Betreibers ein wichtiges Vergabekriterium. Schlussendlich wurde die Bewilligung an eine Firma in Weggis vergeben. Das ergibt für uns eine gewisse Diskrepanz zum Entscheid, der getroffen wurde und den Vergabekriterien. Weiter wirkt der Entscheidungsprozess für Aussenstehende sehr undurchsichtig, was es für die Bevölkerung noch schwieriger macht, solche Entscheide auch nachvollziehen zu können. Die und vor allem auch die Frage nach einer ganzheitlichen Planung für den Seeplatz ohne weitere, diverse Provisorien haben uns dazu bewogen, die Interpellation einzureichen.

Wir bitten den Stadtrat zusammen mit der Abteilung Gesellschaft unsere Interpellation fristgerecht und ausführlich zu beantworten. Denn unser wunderbare Seeplatz soll attraktiv gestaltet sein und nicht noch weiter Schiffbruch erleiden.

**Die Interpellation betreffend Vergabe des saisonalen Gastwirtschaftsbetriebs auf dem Wädenswiler Seeplatz geht zur Beantwortung an den Stadtrat.**

---

0.5.4

**6. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 30. Mai 2024, betreffend Menstruationsartikel auf gemeindeeigenen Toiletten; Begründung**

**Nico Frommherz, Grüne:** Wer hier im Saal hat heute eine Rolle WC-Papier dabei? Wahrscheinlich niemand. Nicht, weil niemand aufs WC muss, sondern weil das einfach ein notwendiger Hygieneartikel auf dem WC ist und wir davon ausgehen, dass es das bei uns hat.

Genauso sollte es doch auch sein, wenn es um Hygieneartikel für die Menstruation geht. Die Mens ist kein Luxus, den man sich leistet. Die Mens ist ein natürlicher biologischer Prozess, den die Hälfte der Bevölkerung regelmässig hat. Genau so natürlich wie wir alle immer wieder einmal aufs WC müssen.

Wir stellen also niemanden als dumm hin, der heute kein WC-Papier mitgenommen hat. Das ist nämlich ganz normal. Und dass man nicht immer Hygieneartikel für die Mens dabei haben muss, sollte einfach genau gleich normal sein.

**Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer:** Der Stadtrat möchte das Postulat nicht entgegennehmen. Ich begründe auch wieso.

Beim Unterhalt der öffentlichen Toiletten und Infrastruktur haben wir genügend andere Herausforderungen, die für ihn Priorität haben. Die Materialkosten werden marginal sein, aber die ganze Logistik und der Aufwand, um die Artikel bereit zu stellen, werden diese Kosten bei weitem übersteigen, gerade auch den Personalaufwand. Wir sind auch nicht sicher, ob dann die Gratisartikel auch dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Vielleicht noch ein Unterschied zu WC-Papier, Seife und Desinfektionsmittel: Hier geht es um die Vermeidung der Übertragung von Krankheiten, bei Menstruationsartikel nicht. Ich traue den Frauen zu, dass sie in der Lage sind, selbst für ihre persönlichen Hygieneartikel zu sorgen oder wenn sie einmal nichts dabei haben bei einer Freundin nachzufragen.

(Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper erklärt, dass mit der Ablehnung des Postulats durch den Stadtrat die Diskussion automatisch eröffnet ist.)

**Marlies Rusterholz, SVP:** Als eine der wenigen aktiv menstruierenden Personen im Rat muss ich mich zu diesem Postulat äussern. Als das Postulat veröffentlicht wurde war ich anfangs irritiert, später beim Durchlesen begann es mich dann etwas auf zu regen, gar zu ärgern. Ich fragte mich: Wie kommt eine rein männlich zusammengesetzte Fraktion dazu eine solche Forderung zu formulieren? Wissen sie überhaupt, von was sie sprechen? Mich dünkt nicht. In der Begründung werden Menstruationsartikel mit WC-Papier und Seife gleichgestellt. Ist das wirklich euer Ernst?

Weiter wird argumentiert mit der «Sorge um Blutflecken, Isolation und gefährlichen Situationen durch andere Materialien». Als Frau kann ich darüber nur den Kopf schütteln. Was denkt ihr Männer wie wir mit unserem Zyklus leben? Man könnte meinen, wir werden Monat für Monat regelrecht überfallen von plötzlich eintretenden starken Blutungen und sind denen völlig hilflos ausgeliefert. In der Not sind dann öffentliche Toiletten unsere Zuflucht und die kostenlos bereit gestellten Hygieneartikel unsere letzte Rettung. Aber nein, so läuft es aber nicht.

Seit Jahrtausenden menstruieren wir Frauen und ebenso lange wissen wir uns zu helfen. Bei den allermeisten unter uns kommt die Menstruation regelmässig und nicht ohne Vorwarnung. Es ist also damit zu rechnen und Frau rüstet sich, wenn sie aus dem Haus geht und dies ganz nach ihren persönlichen Bedürfnissen und Vorlieben. Denn die Anzahl an verschiedensten Menstruationsartikel ist gross. Und wenn tatsächlich einmal alle Stricke reißen, helfen sich Frauen auch mal gerne unter einander aus. Wir kommen also ganz gut zurecht und sind es immer gekommen. Uns darf das auch weiterhin zugetraut werden.

Liegen kostenlos Hygieneprodukte auf, wird ein Missbrauch kaum zu vermeiden sein. Vieler Orts besteht ja schon das Problem, dass WC-Papier für den Hausgebrauch einfach mitgenommen wird. Diese Selbstbedienung wird bei den Menstruationsartikeln sicherlich auch passieren. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, die Hygieneprodukte für einen kleinen, dreisten Teil der Bevölkerung zu finanzieren, der es wahrscheinlich nicht einmal nötig hätte.

Zum Schluss noch etwas Positives: Die Postulanten haben sich Gedanken gemacht. Sie haben recht mit der Einschätzung, dass Menstruation ein schambehaftetes Tabuthema ist. Das müsste es nicht sein, ist es doch eine völlig natürliche Sache und es ist toll, wenn es funktioniert, ist es doch ein Zeichen für eine gute Gesundheit der Frau.

Schön dass sich die Männer der grünen Fraktion auch für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen will. Da gibt es noch viele Baustellen. Ich finde, statt auf biologische Unterschiede, sollte man sich da eher auf gesellschaftliche Stigmata fokussieren. Am besten aber sollten die Grünen bei sich selber anfangen. Sie ist nämlich die einzige Fraktion ohne Frau.

Das Postulat ist sicher gut gemeint, aber leider, wie das Thema schon sagt, ein Griff ins Klo. Die SVP-Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung des Postulats aus.

**Alexandra Gwerder-Fegble, BFPW:** Schön, dass sich fünf Herren über die Problematik von uns Frauen Gedanken machen. Liebe grüne Männer, wir Frauen sind nicht so blöd und auch nicht so unbeholfen, dass uns der Staat helfen muss, wenn wir unsere Tage haben. Wir wissen uns selbst zu organisieren, wenn wir unsere Mens bekommen und das ganz ohne Staat.

Was ist eure nächste Forderung? Gratis Duschmittel und Deos in den Turnhallen? Oder wollt ihr gar gerne eine neue Arbeitsstelle schaffen? Die dann am Morgen, am Mittag und am Abend wieder alles auffüllt? Denn das sieht für uns eher nach einem Selbstbedienungsladen aus. Wie ihr merkt, ist das für uns ein völliger «Hafechäs».

Übrigens, auch die Männer werden periodisch vom Durst nach einem kühlen Bier gequält. Da ja die Gleichstellung Mann/Frau so wichtig ist, hätten wir eine Idee für euch. Wie wäre es dann mit einem Zapfhahn auf dem Herren-WC? Da könntet ihr mal eine Vorreiterrolle übernehmen.

**Patrick Höhener, Grüne:** Auf ein gewisses Niveau lasse ich mich nicht hinunter. Es stimmt, wir haben zurzeit fünf Männer im Gemeinderat. Ich kann euch versichern, dass die meisten von uns aber Frauen und Töchter zu Hause haben und mit dem Thema als Menschen konfrontiert sind. Dass jeder von uns das noch selber repräsentieren will, von dem er einen Vorstoss einbringt, ist bei anderen Vorstössen auch nie eine Frage und wird auch nie als Frage gestellt, daher finde ich das ein bisschen niveaulos.

Ich war vor vielen Jahren in China, in Peking. Ich ging dort auf ein öffentliches WC und es war nicht so wie bei uns. Es gab dort nichts und das war total normal. Wir haben es vorher von Nico gehört, WC-Papier ist total normal. Wenn man sagt was normal ist, kann man unterschiedliche Messlatten haben. Aber wir fordern weder Zapfhähnen für Bier noch andere schräge Sachen. Also bleiben wir sachlich. Es ist eine sinnvolle Sache.

\*[...] Die einen haben eine sehr regelmässige Mens und können sehr gut damit umgehen, andere haben das nicht, aus welchen Gründen auch immer. [...] Es gibt dann immer eine riesige Feuerwehrrübung. [...]

\*Anmerkung: [...] Inhalt wurde aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes weggelassen.

In diesem Sinne danke ich für das Verständnis, aber bleibt bitte sachlich.

**Urs Hauser, EVP:** Es stand nie zur Diskussion, dass es nur um öffentliche WCs geht. Auch in Schulanlagen gibt es WCs und gerade dort sollte es möglich sein. Im Umkehrschluss kann man es so verstehen, dass man das Angebot in den Schulhäusern nicht will.

Ich nehme gerne das Votum von Patrick auf. Primarlehrer auf der Mittelstufe sind immer wieder damit konfrontiert, dass Schülerinnen ihre erste Periode bekommen. Anfangs ist sie meistens unregelmässig und daher ist es wichtig, dass es ein Angebot gibt. Die Mens ist etwas sehr Intimes und dann ist es gut, wenn die Mädchen nicht Primarlehrpersonen fragen müssen, sondern unkompliziert sich selber helfen können.

(Christoph Mahler verlässt den Bock und geht auf seinen angestammten Platz.)

**Christoph Mahler, EVP:** Ich habe mir Mühe genommen, das Postulat genau zu lesen. Das Thema ist ja grundsätzlich nicht etwas, über das man nicht reden sollte. Es ist ein gesellschaftliches Thema. Das hat Marlies sehr schön gesagt und Urs, der es auf die Schule bezogen hat.

Es gibt viele solche Pilotprojekte, die umgesetzt wurden. Ich habe alle Artikel dazu durchgelesen. Mehrheitlich beziehen sich diese auf Schulen. In den Primar- und Oberstufenschulen kann ich das gut verstehen. Ich denke aber, das Thema soll die Schule angehen. Das kann Pierre sicher mitnehmen und mit seinem Team zumindest besprechen. Es ist jedoch nicht etwas, für das der Stadtrat viel Zeit aufwenden muss.

Darum bin ich der Meinung, dass ich mich gut den Voten anschliessen kann, also es geht nicht um Zapfhähnen usw. Wenn Wädenswil Menstruationsartikel öffentlich auf allen öffentlichen Toiletten auflegt, wäre sie die erste Gemeinde in der Schweiz, die das implementieren würde.

**Nico Frommherz, Grüne:** Ich möchte anmerken, vielleicht haben es die einen oder anderen auch schon bemerkt, dass ich Parlamentarier bin und die Bevölkerung vertrete. Die Idee kam tatsächlich nicht von mir, sondern von einer Frau.

Vielleicht sollte man sich nochmals bewusstmachen, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Interessen der Bevölkerung vertreten und nicht nur die eigenen Interessen.

**Abstimmung Überweisung des Postulats (mit Stimmzählern)**

Der Rat lehnt die Überweisung mit 22:9 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

**Das Postulat betreffend Menstruationsartikel auf gemeindeeigenen Toiletten wird als erledigt abgeschrieben.**

---

\*\*\*

**(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)**

\*\*\*

(Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper schliesst die Sitzung.)

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.